

Klimapolitische Fragen zur OB-Wahl 2022 in Rostock

Antworten von Carmen-Alina Botezatu, SPD

Frage: Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes im Bereich der Stadtverwaltung und der kommunalen Gebäude wollen Sie umsetzen?

Antwort C.-A. Botezatu:

Mit dem Beschluss „Klimaneutralität 2035 (2020/AN/1447) wurde ein Fahrplan geschaffen, der jetzt durch Verwaltung und die kommunalen Unternehmen mit konkreten Maßnahmen unterfüttert werden muss.

Im aktuellen Bericht über die Maßnahmen der kommunalen Unternehmen zur Klimaneutralität (<https://ksd.rostock.de/bi/vo020?3--anlagenHeaderPanel-attachmentsList0-attachment-link&VOLFDNR=1021692&refresh=false>) ist zu erkennen, dass die Unternehmen bereits ihre Fuhrparks auf CO₂-neutrale Fahrzeuge umstellen. „Auf WIRO Gebäuden besteht eine Vielzahl von Photovoltaik-Anlagen. Ein Verwaltungsgebäude der WIRO nutzt den erzeugten Strom bereits zur Eigenversorgung. Eine Erweiterung der Eigenversorgung mit Photovoltaik-Strom für weitere Verwaltungsgebäude [der WIRO] wird geprüft.“

Die Versorger (Nordwasser GmbH und die Stadtwerke AG) setzen Künstliche Intelligenz (KI) zur Steuerung von Anlagen ein. Weiterhin werden genannt: energieautarke Wasserwerke im ländlichen Bereich und der Einsatz von erneuerbaren Energiequellen (Wasserstoff, PV, Windkraft, Wärmerückgewinnung aus Trink- und Abwasser, Erdwärmennutzung sowie Biomasse).

„Konkrete Umrüstungsvorhaben betreffen die Errichtung der Großwärmepumpe durch die [Stadtwerke Rostock AG an der Kläranlage Bramow sowie die Heizkesselanlage der Kläranlage HRO (von Öl auf Erdgas/Faulgas).“

Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass die kommunalen Unternehmen bereits viele Schritte in Richtung Klimaneutralität tun. Ich möchte gern meine Erfahrung aus der Landes- und Bundesverwaltung übertragen. Wir haben viele beschlossene Projekte in Rostock, die es umzusetzen gilt. Ich möchte prüfen, wie wir auch mit Fördermitteln die digitale Transformation vorantreiben und auch ins Ziel bringen. Soll heißen: eine moderne bürgerfreundliche Verwaltung zu schaffen. Aber so, dass es auch realistisch ist und keine falschen Versprechen. Die Nutzung von Photovoltaik auf allen sinnvollen Dachflächen werde ich vorantreiben, wie ich es bereits für die nachhaltigen Bauten für Land und Bund getan habe. Das Institut für Chemie ist beispielsweise so ein Vorzeigebau der Nachhaltigkeit, auch die Zollhochschule in Lichtenhagen wird ein entsprechendes nachhaltiges Quartier (Campus) erhalten. Der Schulterschluss zwischen Land, Bund und Stadt verhindert zudem, dass wir immer neu anfangen, sondern stattdessen vorhandenes Wissen nutzen.

Frage: Zur sog. Hafenerweiterung wird demnächst das Raumplanungsverfahren beginnen. Die/der OB`in ist Mitglied der Verbandsversammlung des Planungsverbandes. Wie werden Sie als künftige/r OB` ihre Rolle im Raumordnungsverfahren und darüber hinaus Ihr politisches Gewicht als OB`in nutzen, um sicherzustellen, dass es eine Änderung der Hafenausbaupläne zum Erhalt des einzigartigen Küstenüberflutungsmoores sowie von Warnow-Steilufer und Oldendorfer Tannen kommt?

Antwort C.-A. Botezatu: *Hier müssen zwei verschiedene Klimaschutzziele abgewogen werden. Die Entwicklung des Hafens zum Standort für erneuerbare Energien und grüne Gewerbegebiete auf der eine Seite und die Erhaltung des Moores als CO2-Speichergebiet auf der anderen Seite. Eine Aufgabe der Verwaltung wäre eine Analyse (Soll-Ist-Abgleich), welche Unternehmen wirklich an die Kaikante müssen und welche Unternehmen sich überhaupt ansiedeln wollen.*

Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Rad- und Fußverkehr fördern, ohne dafür Flächen neu zu versiegeln?

Antwort C.-A. Botezatu: *Die Bürgerschaft hat einen Radwegeplan beschlossen und diesen gilt es umzusetzen. Grundsätzlich sollten Radwege zu Ende gebaut werden. Für zukünftige Radwege sollten bestehende Straßenflächen genutzt werden, dabei muss aber der Verkehr gerecht für alle Teilnehmer gestaltet werden. Desweiteren ist es mein Ziel den ÖPNV zu stärken und die geplanten Ausbauarbeiten am Straßenbahnnetz wie im Mobilitätsplan Zukunft (MOPZ) voranzutreiben.*

Frage: Die Hansestadt Rostock gehört zum Kreis von bundesweit 50 Modellkommunen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärker in der lokalen Bildungslandschaft zu verankern. Inwieweit spielt BNE für Sie eine Rolle und wird das Thema auch strukturell und ressortübergreifend Einzug in die kommunale Verwaltung halten? Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sehen Sie, Klima- und Umweltthemen in den schulischen und außerschulischen Lernorten zu stärken? Setzen Sie sich für eine Koordinationsstelle Umweltbildung in der Stadtverwaltung und einen kommunalen Zuschuss für schulische und außerschulische Umweltbildung ein?

Antwort C.-A. Botezatu: *Für den Lehrplan ist die Landesebene zuständig (zu der ein enger Draht besteht, aber man natürlich nichts im Alleingang entscheiden kann). Nutzen von Fördermitteln für Projekte in den Schulen. Das Thema muss dann auch im Studium der Lehrkräfte vorkommen und entsprechend bei bestehendem Lehrpersonal mit Fortbildungen gefördert werden.*

Frage: Soll Ihrer Meinung nach in der Rostocker Schulverpflegung ein höherer Anteil an klima- und umweltfreundlich produzierten Bio-Zutaten als 20 % festgelegt werden?

Antwort C.-A. Botezatu: *Bürgerschaftsbeschluss zur Kommunalisierung des Schulessens, der sich noch in der Umsetzung befindet. Das gibt uns die Möglichkeiten, die Produkte nach Nachhaltigkeit und Regionalität zu steuern, dabei aber auch den letztendlichen Preis im Blick zu behalten. Sozial und so.*

Frage: Mit ihren ausgedehnten Mooren und Wäldern hat die Hansestadt Rostock eine herausragende Verantwortung für den Biodiversitäts- und Klimaschutz, also für die größte Herausforderung der heutigen Zeit. Die sich daraus ergebenden Aufgaben sind zu großen Teilen an das Stadtforstamt delegiert. Diese Behörde tritt einerseits als Wald- und Flächenbewirtschafter, als Vertreter des Flächeneigentümers und auch als Projektträger z.B. für touristische Vorhaben auf. Andererseits ist sie als Naturschutzbehörde die Genehmigungs- und Kontrollbehörde für die eigenen Vorhaben. Dies hat zu einem strukturellen Interessenkonflikt geführt. Wie soll dieser rechtstaatlich bedenkliche Zustand zur Wiederherstellung demokratischer Verwaltungsstrukturen und zur Sicherung rechtskonformen und transparenten Verwaltungshandelns korrigiert werden?

Antwort C.-A. Botezatu: *Die Verwaltung arbeitet nach Recht und Gesetz. Das Anforderungsprofil ist beim Forstamt natürlich nicht frei von Widersprüchen. Grundsätzlich müssen aber bei allen Verwaltungsentscheidungen unterschiedliche Rechtsgüter abgewogen werden. Hier müssen zwei verschiedene Klimaschutzziele abgewogen werden. Die Entwicklung des Hafens zum Standort für erneuerbare Energien und grüne Gewerbegebiete auf der eine Seite und die Erhaltung des Moores als CO₂-Speichergebiet auf der anderen Seite. Mit Anna Kassautzki, Moorbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, oder Prof. Dr. Hans Joosten („Moor muss nass“) sowie Expert*innen im Bereich des Energiehafens werde ich im engen Austausch stehen.*

Frage: Die Errichtung neuer Einfamilienhäuser steht im Widerspruch zu mehreren Nachhaltigkeitszielen, z.B. Klimaschutz, Verkehrswende, Bodenschutz u.a.. Aus diesen Gründen fordert die Bürgerschaft seit Jahren einen flächensparenden Umgang mit den knappen Flächen in unserer Stadt. Neue Wohngebiete sollen so errichtet werden, dass kommunale Infrastruktur effizient genutzt wird und Folgekosten für unsere Kommune minimiert werden. Gleichzeitig gibt es seit Jahren in Stadtpolitik und Verwaltung den Wunsch, neue Wohngebiete für EFH auszuweisen. Dies geschieht mit der Begründung, ansonsten Steuergelder in das Umland zu verlieren. Welche Position beziehen Sie in diesem Thema bzw. Konflikt? Wollen Sie den Anteil von bisher etwa 11 % Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern vergrößern oder reduzieren?

Antwort C.-A. Botezatu: *Wir brauchen Wohnraum in allen Wohnungsgrößen und dies muss auf so wenig Fläche wie möglich umgesetzt werden. Niemand hat vor für den Wohnungsbau die Rostocker Heid abzuholen.*

Nichtsdestotrotz gibt eine Bauleitplanung und Flächenentwicklungspläne, die beschlossen worden sind. Aufgabe der zukünftigen Oberbürgermeisterin ist es zusammen mit den zuständigen Fachämtern diese Beschlüsse umzusetzen.

Bei der zukünftigen Flächenplanung bin ich dafür Baulücken, die sich nicht für Gewerbe eignen aber für Wohnbebauung genutzt werden können auch zu nutzen.

Gleichzeitig muss die nächste Oberbürgermeisterin in der Lage sein wieder ein gutes Arbeitsverhältnis mit den Umlandgemeinden zu erreichen, denn die Region kann sich nur gemeinsam entwickeln.

Frage: Kopenhagen wandelt jedes Jahr 2 % der öffentlichen, innerstädtischen Parkplatzflächen in Aufenthaltsräume für Menschen um. Diesem Beispiel folgen auch Städte wie z.B. Leipzig. Ist das auch für Sie eine Möglichkeit Rostock neu und lebenswerter zu gestalten?

Antwort C.-A. Botezatu: *Ja, dabei ist aber zu bedenken, dass es innerhalb der Innenstadt mehrere Nutzungskonzepte für ein und dieselben Flächen gibt. Zwischen diesen berechtigten Interessen muss die Verwaltung einen guten Kompromiss finden.*

Frage: Der Bereich Klimaschutz in der Stadtverwaltung Rostock ist stark unterbesetzt. Zum Vergleich: in Kiel gibt es 11 Stellen im Bereich Klimaschutz. Werden Sie sich für eine personelle Stärkung der Klimaschutzleitstelle einsetzen?

Antwort C.-A. Botezatu: *Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock befindet sich momentan in einer Phase der bevorstehenden Haushaltssicherung. Im Rahmen dessen wird sich auch zu einer Umstrukturierung der Verwaltung kommen müssen. Diesem Prozess sollte nicht vorgegriffen werden, da die unterschiedlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung mit Personal unteretzt werden müssen. Mir ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit der Amtsbereiche zu diesen Projekten wichtig.*

Frage: In keinem Sektor kann die Stadt Rostock so viel Treibhausgas-Emissionen einsparen, wie bei der Fernwärmeversorgung. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Wärmeplan umgesetzt wird und Rostock so bis 2035 unabhängig von fossilen Energieträgern wird?

Antwort C.-A. Botezatu: *Der Wärmeplan ist Beschluss der Bürgerschaft und somit Arbeitsauftrag für die Verwaltung. Es wird daher meine Aufgabe als Oberbürgermeisterin diesen Beschluss umzusetzen und bei aufkommenden Problemen in enger Abstimmung mit den beteiligten Fachämtern und der Bürgerschaft Entscheidungen zu treffen um eine Umsetzung plangerecht zu erreichen.*